**. Vierte Durchführungsbestimmung
zur Energieverordnung
— Rationeller Energieeinsatz/Energiekontrolle —
vom 1. Juni 1988**

Auf Grund des § 70 Abs. 1 der Energieverordnung vom 1. Juni 1988 (GBl. I Nr. 10 S. 89) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane folgendes bestimmt:

Zu § 49 der Verordnung:

§ 1

Energieanlagen im Sinne des § 49 Abs. 1 der Verordnung sind auch Transport- und Abkühlrichtungen für Erzeugnisse mit Sekundärenergie in Form von Wärme.

§ 2

(1) Energieverbrauchsnormative und ihre Nachweismethoden sind, soweit die §§ 3 und 4 keine Vorschriften enthalten, in Standards, Wärmeverbrauchsnormative in Standards oder in speziellen Vorschriften festzulegen.

(2) Für die Ausarbeitung und Überarbeitung der Energieverbrauchsnormative sowie deren Durchsetzung sind die Generaldirektoren oder Betriebsdirektoren der für die Standardisierung der betreffenden Erzeugnisse zuständigen Kombinate oder Betriebe verantwortlich.

(3) Für die Ausarbeitung und Überarbeitung der Wärmeverbrauchsnormative sowie deren Durchsetzung ist das Ministerium für Bauwesen verantwortlich.

§ 3

(1) Die Einhaltung des zulässigen Energieverbrauchs von Energieanlagen ist grundsätzlich mit gemessenen Ergebnissen von Abnahme- und Leistungsversuchen nachzuweisen. Die Art und Weise, die Dauer und die genaue zeitliche Einordnung sind zwischen den Beteiligten zu vereinbaren.

(2) Für die Versuche ist der Hersteller verantwortlich. Der Betreiber hat im vertraglich genau zu bestimmenden Umfang daran mitzuwirken.

(3) Für serienmäßig hergestellte, beim Hersteller funktionsfähig montierte und der Endkontrolle unterzogene Energieanlagen kann an die Stelle des Abnahme- und Leistungsversuchs ein auf der Grundlage der Qualitätskontrolle ausgestelltes Attest des Herstellers treten.

(4) Die Rechtsvorschriften über die Errichtung und wesentliche Änderung von Energieumwandlungs- und Energiefprtleitungsanlagen bleiben von den Regelungen über die Abnahme- und Leistungsversuche unberührt.

§ 4

Die Baubetriebe haben die energetische Qualität der Gebäude nach der Errichtung nachzuweisen. Grundlage dafür sind konkrete, nach Wärmeverbrauchsnormativen ausgearbeitete Energieverbrauchsnormen für die betreffenden Gebäude. Die Einzelheiten dazu regelt der Minister für Bauwesen im Einvernehmen mit dem Leiter der Arbeitsgruppe Rationelle Energieanwendung beim Ministerrat und dem Minister für Kohle und Energie. Der Minister für Kohle und Energie regelt die Mitwirkung der Energiekombinate an der Abnahme von Gebäuden des komplexen Wohnungsbaues.

Zu § 50 der Verordnung:

§ 5

(1) Der energieplanungspflichtige Abnehmer ist verpflichtet, betriebsgebundene Kennziffern der höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Effektivität der betrieblichen Energiewirtschaft (Energieverbrauchsnormen) für seine

1. Energieumwandlungsprozesse (Koppelprozesse),
2. energieintensiven Erzeugnisse und Leistungen, für die Energieplanungsnormative anzuwenden sind,
3. Raumheizung und
4. weiteren energiewirtschaftlich bedeutenden Prozesse

auszuarbeiten, anzuwenden, abzurechnen und der Planung zugrunde zu legen.

(2) Der Energieabnehmer, der nicht energieplanungspflichtig ist, soll für seine Umwandlungs- und Anwendungsprozesse Energieverbrauchsnormen ausarbeiten, anwenden, abrechnen und der Planung zugrunde legen, wenn der aus der Senkung des Energieverbrauchs zu erwartende Nutzen in angemessenem Verhältnis zum Aufwand für die Normenarbeit steht.

§ 6

(1) Energieverbrauchsnormen sind entsprechend den gegebenen und sich entwickelnden volkswirtschaftlichen Anforderungen und betrieblichen Bedingungen in den Qualitätsstufen

1. technisch-ökonomisch begründete Energieverbrauchsnormen (T-EVN),
2. erfahrungstatistische Energieverbrauchsnormen (E-EVN),
3. vorläufige Energieverbrauchsnormen (V-EVN)

auszuarbeiten.

(2) Die Generaldirektoren der Kombinate oder Leiter der den Betrieben übergeordneten Organe und die Betriebsdirektoren haben zu sichern, daß die Energieverbrauchsnormen mit dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik übereinstimmen und davon ausgehen, welche Energieträger ihrem Verantwortungsbereich qualitativ und quantitativ zur Verfügung stehen.

§ 7

(1) Technisch-ökonomisch begründete Energieverbrauchsnormen bestimmen den objektiv notwendigen Energieverbrauch in Anlagen irri Ergebnis von Prozeßanalysen oder anderen analytischen Untersuchungen unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der gegebenen Anlage- und Produktionsbedingungen.

(2) Technisch-ökonomisch begründete Energieverbrauchsnormen sind anzuwenden

1. in der Energieumwandlung, wenn Einzelanlagen einen Energiebedarf $2g$ 1,1 MW oder Dampferzeuger eine Leistung $2g$ 1,6 t/h haben oder wenn bei Anlagen mit mehreren Aggregaten der Energiebedarf $2g$ 20 TJ/a beträgt;
2. in der Energieanwendung, wenn der Energiebedarf bei Einzelaggregaten oder bei Anlagen mit mehreren Aggregaten $2g$ 2,5 TJ/a beträgt.

(3) Der Energieabnehmer ist verpflichtet, das Potential des Energieverbrauchs, das mit technisch-ökonomisch begründeten Energieverbrauchsnormen bestimmbar ist, zu erfassen und mit den energiewirtschaftlichen Jahresanalysen nachzuweisen, inwieweit es tatsächlich erfaßt ist.

(4) Eine technisch-ökonomisch begründete Energieverbrauchsnorm ist zu überarbeiten, wenn sie um mehr als 3 %